

József N. Szabó

DIE INTELLIGENZPOLITIK DER NACHKRIEGSZEIT-DEMOKRATIE /1945–1946/

Die Analysen der Intelligenzpolitik der Epoche zeigen, dass sich die Koalitionsparteien darüber im Klaren waren, dass die Demokratisierung und Modernisierung des Landes ohne die aktive Mitwirkung der Intelligenz unmöglich ist. Bei der Stellenbestimmung der Intelligenz im demokratischen Ungarn mussten von den politischen Parteien auch ihre Stellung zwischen den beiden Weltkriegen sowie die Beziehungen zur Macht in Betracht gezogen werden. Aber auch von der Intelligenz musste erkannt werden, dass durch die politische Systemwende auch ihre Funktion verändert wurde.

Anfangs erfolgte aber kein Erkennen und keine Übereinstimmung der gemeinsamen Interessen. Einerseits weil ein großer Teil der weg- und perspektiven verlorenen Intelligenz ihre Stelle in dem neuen Ungarn nicht gefunden hat. Andererseits weil auch die Vertreter der verschiedenen Parteien ihnen keinen Raum und Rolle bei der Wiedergeburt lassen wollten. Darum gab es sogar einen Streit zwischen den Parteien. Es ging darum, ob die Intelligenz wegen ihrer früheren Rolle geeignet ist, am Wiederaufbau teilzunehmen, bzw. welche Gruppen darin einzubeziehen sind. Unter Meinungen, die sich auf einer breiten Skala bewegten und große Unterschiede zeigten, wurden an der Jahreswende 1945 die Interessen der Mehrheit der Intelligenz und des Landes am meisten von der Ungarischen Kommunistischen Partei /UKP/ zum Ausdruck gebracht:

Die Intelligenz muss im demokratischen Ungarn eine Zukunft haben. Im Interesse der erfolgreichen Verwirklichung des Wiederaufbaus strebte es die UKP an, zwischen den verschiedenen Intelligenzgruppen die Ursachen, durch die ihre Aktivierung behindert war, zu beheben.

Von diesen Intelligenzgruppen wollte die Partei in erster Linie die technische Intelligenz für sich gewinnen. Die Gruppe hielt auch die Sozialdemokratische Partei /SDP/ für erheblich bedeutend. Da in der Politik anderer Parteien der Wiederaufbau keine zentrale politische Rolle spielte, interessierten sie sich für diese Gruppe weniger. Da die wissenschaftliche Elite die breiten Massen der Intelligenz beeinflusste, wollten sie die Kommunisten von Anfang an für sich gewinnen. Die Beurteilung der Elite – einschließlich die der Gelehrten – wegen ihrer

besonderen Lage unterscheidet sich auf mehreren Gebieten von anderen fachlichen Gruppen, andererseits bildet sie einen Teil der Intelligenzpolitik der Parteien. Die maßgebenden politischen Kräfte des Landes beurteilten die Frage der Demokratisierung und Modernisierung der Hochschulbildung beinahe gleich. Sie hatten keine unterschiedlichen Vorstellungen über den Umbau des wissenschaftlichen Lebens.

Von der Mehrheit der Parteien wurden ihre Vergangenheit, ihre Beziehungen zur herrschenden Klasse kritisiert. Die Nationale Bauernpartei /NBP/ war die einzige politische Organisation, von der ihre Kontakte zum Volk bei der Beurteilung der Pädagogen unterstrichen wurden. Unabhängig von der Rolle in der Vergangenheit wollte sie jede Partei gewinnen. Im Hinblick auf die wegen der einschneidenden Probleme unzufriedenen Pädagogen betonten alle Parteien die Notwendigkeit einer Abhilfe. Von der SDP wurden aber die Pädagogen negativ bewertet. Vom Sommer 1945 waren die bedeutendsten Gönner der Pädagogen die Kleinwirte. Das wenigste Interesse hatte man für die Ärzte, da sie im Wiederaufbau und in den politischen Kämpfen keine zentrale Rolle spielten. Von der SDP wurde die politisch-gesellschaftliche Relevanz dieser Gruppen schnell erkannt. Im Laufe der politischen Kämpfe hat auch die Unabhängige Kleinwirten Partei /UKWP/ eingesehen, dass diese Gruppe nicht nur eine gesundheitswesentliche Rolle hat, sondern auch ein politisches Gewicht. Abgesehen von einigen Initiativen verhält sich zur Gruppe weder die UKP noch die NBP nicht dem politisch-gesellschaftlichen Gewicht entsprechend.

Die politischen Parteien beschäftigten sich betont mit der Verwaltungsentelligenz wegen ihres gesellschaftlich-politischen Einflusses. Die Tätigkeit dieser Gruppe in der Horthy-Ära wurde von allen Koalitionsmitgliedern negativ bewertet und alle wollten eine neue, demokratische Verwaltung zustandebringen. Vom Sommer 1945 findet die UKWP die Lösung für die Beurteilung der früheren Tätigkeit der Partei; dabei werden nicht die politischen Elemente, sondern die Wichtigkeit der fachlichen Funktion hervorgehoben. Dadurch wird die Stellung der Verwaltungsfachleute in der Demokratie bestimmt.

Die Intelligenz betreffend findet man bei den verschiedenen Parteien auf mehreren Gebieten gleiche Meinungen und Beurteilungen. Der Kampf für die Gewinnung der einzelnen Gruppen der Intelligenz differenzierte die Stellungnahme der Parteien nur teilweise. Es entsteht aber keine Konfliktsituation, bis der Kampf keinen politischen Charakter hatte. Die Erscheinung der politischen Sichtpunkte ergab auch eine gut separierbare Vielfarbigkeit.

Der Einstieg ins politische Leben war sowohl von der Seite der Parteien als auch von der Seite der Intelligenz eine komplizierte Aufgabe. Am Anfang konnte sich die Mehrheit der Intelligenz nicht den neuen Verhältnissen entsprechend orientieren. Sie konnte es nicht abschätzen, welche der Kräfte ihren politischen Interessen am besten entspricht. Auch die Lage der Parteien war nicht leichter, weil die in der früheren Zeit eingenommene Rolle der Intelligenz auch nicht so leicht in die Demokratiekonzeption zu integrieren war. So kamen sie beide zur Zeit der Erneuerung des politischen Lebens zu einem Querweg. Von den Koalitionsparteien betraf dieses Problem zunächst die am frühesten entstandene Partei, die UKP.

Im Jahre 1945 wurde unerwartet bekannt gemacht, dass sich ein Teil der Intelligenz der UKP anschließen wollte. Darauf war die Parteiführung nicht vorbereitet. Für diese Partei war es auch ein Ausruf, dass einige der Koalitionspartner die Spannung, zwischen der früheren Funktion und politischen Ansichten und der demokratischen Einrichtung der Intelligenz schon auflösen konnten. Die Sozialdemokratische Partei stand z.B. vom Anfang an offen vor der Intelligenz. Die NBP sah die Intelligenz sehr gerne als Mitglied, das Mitgefühl mit den Bauern hatte und ihnen diente. Die UKWP hatte eine kleinere progressiv denkende Intelligenzgruppe aber das war nur eine geringere Zahl.

Nach der Ausfechtung des politischen Kampfes und der Ausbildung der Klassenkonturen der Parteien begannen die UKP und SDP in den Interessen der Basisentwicklung und der politischen Beeinflussung mit der Einbeziehung der Intelligenz in die Parteien. Es war für die Koalitionsparteien nicht gleichgültig, welche Stellungnahme die Intelligenz im politischen Kampf hat. Sie spielte nämlich in der Meinungsbildung eine bedeutende Rolle.

Nach den der neuen politischen Lage entsprechenden Rollenbezeichnungen begann die Anerkennung der Intelligenzinteressen. Das „Treffen“ der Parteien und der Intelligenz hing davon ab, ob die Auflösung des Unterschieds zwischen der alten

Funktion und der in der neuen Demokratie erfüllten – oben genannten – Rolle gelingt, bzw. wie entsprechend es gelingt, die Interessen der Intelligenz zu vertreten. Aus der Zahl der Intelligenz-Parteimitglieder lässt sich nicht eindeutig darauf folgen, in welchem Maße die ganze Schicht beeinflusst wurde, da der größere Teil der Intelligenz außerhalb der Parteiorganisationen blieb und politisierte.

Um die in den politischen Kämpfen nötigen Positionen zu verstärken und eine Basis zu schaffen, löst die UKWP die früheren Spannungen auf, und beginnt eine Aktion für die Gewinnung breiter Schichten der Intelligenz. Die Partei führt eine recht umsichtige Propaganda und nimmt die Interessen verschiedenster Schichten auf sich. Sie übt einen bedeutenden Einfluss auf breite Intelligenzgruppen aus. Um den linken Charakter zu bewahren, wünschte die Mehrheit der NBP die Partei nicht einmal im Lande der politischen Kämpfe für die Intelligenzmassen zu öffnen. Da die Koalitionspartner einen immer stärkeren Einfluss auf die Intelligenz ausübten, wurde es für die UKP immer dringender, ihre Basis in Intelligenzkreisen auszubreiten. Von der Partei wurde aber ein Grundstandpunkt den taktischen Interessen nur zur Zeit der Wahlkämpfe untergeordnet. Zur Zeit der Wahlkämpfe im Herbst wollten die Parteien die verschiedensten Intelligenzgruppen gewinnen. Die größte Aktivität zeigten die UKP und UKWP. Die Mehrheit der Intelligenz die, die bürgerliche Demokratie in der reinsten Form zum Ausdruck bringenden UKWP am geeignetesten zur Verwirklichung ihres perspektivischen politischen Modells, sah deshalb stimmten sie für diese Partei ab. Die Intelligenzgruppen, die ihre Vorstellungen mit denen dieser Partei nicht übereinstimmen konnten, schlossen sich nicht der UKP, sondern entweder der SDP oder der NBP an. UKP-Mitglied wurde nur eine kleine Intelligenzgruppe.

Nach den Parlamentswahlen zeigten die Parteien die größte intelligenzpolitische Aktivität, denen es nicht gelang, einen entsprechenden Einfluss auf diese Schicht auszuüben. Die UKP versuchte ihre Positionen im Kreis der Intelligenz zu verbessern, indem sie die Lage analysierte, die Konsequenzen gezogen hat, und ihre Intelligenzpolitik revidierte. Die nicht wenig Widersprüche enthaltende Intelligenzpolitik der SDP bezweckte, ihren Einfluß auf die Intelligenz zu stärken.

Die NBP wollte ihre Basis auch im Weiteren im Kreis der progressiven Intelligenz breiter zu machen. Die UKWP hielt die Mehrheit der Intelligenz

für ihren Unterstützer, so fand sie die Behandlung mit dieser Schicht nicht besonders wichtig.

Im Kampfe der bürgerlichen und linken Kräfte zeigte die Intelligenz entweder politische Passivität, Gleichgültigkeit oder sie hat sich abwartend verhalten.

Der Wiederaufbau und die Wiederherstellung der Wirtschaft war die wichtigste Zielsetzung dieser Zeit, deshalb wurden die meisten Beziehungen von den Arbeiterparteien mit den technischen Fachgruppen der Intelligenz gebildet. Ihre Maßnahmen beförderten diese Beziehungen. Die UKWP und die NBP waren sich dieser gesellschaftlichen Wichtigkeit bewusst. Sie hatten aber andere Interessen und bevorzugten diese Gruppe weder fachlich, noch politisch. Da die Tätigkeitssphäre der technischen Intelligenz weniger ideologisch gebunden war, baute sich um diese Gruppe herum kein politischer Konflikt auf. Von der UKP wurden auch nach den Parlamentswahlen 1945 die Möglichkeiten gesucht, in deren Rahmen zu „der Elite“ der Intelligenz Kontakt aufgenommen werden konnte. Nach ihrer Meinung war die wichtigste Rolle dieser „Elite“ die Gewinnung der Intelligenzmassen. Aber auch bei dieser hervorgehobenen Behandlung der Elite wurde klar, dass sie vergebens privilegiert und anerkannt waren. Ihr Bewegungsprogramm war nach kommunistischer Auffassung nur auf kulturellem Gebiet garantiert. Von der UKP wurde eindeutig gemacht: Durch die geistige Vorzüglichkeit dieser Gruppe wird keine politisch führende Rolle gesichert.

Im Laufe der politischen Kämpfe nach der Parlamentswahlen spielte die Intelligenzpolitik keine zentrale Rolle, deshalb kam es zu einer Konfliktsituation in dieser Sphäre nur selten. Die Pädagogenfrage betreffend transformierte sich die intelligenzpolitische Problematik in eine politische Sache. Mit den ungelösten Problemen dieser Gruppe tauchten auch die politischen Fragen der ungarischen Demokratie auf. Neben den ungelösten Problemen der Pädagogen konnte die Frage zur Konfliktquelle werden, weil in dieser Gruppe auch die politischen Fragen der ungarischen Demokratie auftauchten. Unter unentschiedenen machtpolitischen Verhältnissen kann diese Gruppe provisorisch für die Politik eine entscheidende Wichtigkeit haben. In der Intelligenzpolitik der UKP bekamen die Pädagogen, besonders die GrundstufenlehrerInnen eine hervorgehobene Rolle. Die Partei hat die Probleme dieser Gruppe vielfältig vor das Forum der Öffentlichkeit gebracht und förderte die Lösung dieses

Problems. Die NBP maß der Pädagogenfrage auch im Weiteren ein besonderes Gewicht bei. Bis Frühling 1946 beschäftigten sich die UKWP und SDP gar nicht mit der Lage der Pädagogen.

Im Frühling 1946 artikulierten sich die Unzufriedenheit der Pädagogen auf eine bisher unerhörte Weise. Darauf reagierten die Parteien unterschiedlich. Die UKP war mit der zu der Sporthalle veröffentlichten Form der Meinungserklärung der Pädagogen nicht einverstanden. Von der Partei wurde der Streik, diese entschlossene Interessenverteidigung nicht gebilligt. Die SDP veröffentlichte auch eine verurteilende Meinung. Von der UKWP wurde aber das Ereignis in der Sporthalle unterstützt. Die Partei nahm auch ihre Interessenverteidigung auf sich. Obwohl die Arbeiterparteien verurteilende Meinungen über die Pädagogenbewegung hatten, betonte er auch im Weiteren die Gewinnung der Pädagogen. Die Stellungnahme beeinflusste die politische Auffassung der Pädagogen.

Nach den Parlamentswahlen zeigte die Mehrheit der Parteien auch im Weiteren kein Interesse für die Ärzte. Die UKP fand aber wichtig, die Ärzte für sich zu gewinnen. Im Interesse dessen hat sie auf verschiedenen Gebieten Maßnahmen getroffen. Das Interesse der UKWP für die Ärzte wurde nur zur Zeit der von den Kommunisten geführten schwarzen Liste erweckt. Der Grund dazu war, dass bei der Führung der schwarzen Liste bei dieser Intelligenzgruppe ein anderes Maß verwendet wurde. Das billigte die UKWP nicht. Ihrer Meinung nach ist mit dieser Maßnahme nicht nur die Existenz der Ärzte, sondern auch die medizinische Versorgung gefährdet. Die UKWP war der Meinung, dass bei einer Gruppe, in deren Tätigkeit das politische Element nicht entscheidend ist, davon abgesehen werden kann.

Schon zur Zeit der politischen Kämpfe 1945 wurde klar, dass bei der Beurteilung der Verwaltungsangestellten ein Teil der Parteien die fachliche Seite, ein anderer Teil politische Sichtpunkte in den Vordergrund gestellt hat. Es war keine Frage mehr, dass die Parteien erneut versuchen, ihre Interessen entweder politisch, oder fachlich gruppiert zu vertreten. Für die linken Parteien war eindeutig, dass ihr machtpolitischer Einfluss nur dann steigen kann, wenn bei der Beurteilung der Tätigkeit der verschiedenen Gruppen das politische Element betont wird. Auch die Kräfte, die eine bürgerliche Demokratie verwirklichen wollten, waren sich darüber bewusst, dass ihre Positionen nur dann zu halten sind, wenn von ihnen das fachliche Element

präferiert wird. Von der UKP wurde die Tragweite der Umwandlung der Verwaltung verbannt, deshalb wurde von ihr neben finanziellen Argumenten die politische Wichtigkeit betont. Der SDP-Standpunkt zeigte eine große Ähnlichkeit mit der Auffassung der Kommunisten. Die NBP war auch für die Reforme im Verwaltungswesen, deshalb wurde von ihr in der ersten Hälfte des Jahres 1946 die Einführung der Reinigung des Verwaltungswesens dienenden schwarzen Liste verlangt. Die das fahliche Primat betonende UKWP konnte dem politischen Druck nicht standhalten. Nach den Besprechungen mit der UKWP des linkseitigen Blockes wurden aus dem Verwaltungswesen die Leute entlassen, deren amtliche Mitwirkung hinsichtlich der demokratischen Umwandlung schädlich ist.

*Der Aufsatz ist eine Zusammenfassung einer mehr als 10 Jahre lang geführten Forschung.

9. A tudományos elit a hatalmi harcban. *Hitel*, 1993, 2:96-106.
10. Felsőoktatási reform és az agrártudományi elit /1945–1946/. *Gazdálkodás*, 1996, 3:50-54.
11. Magyar orvoskutatók a II. világháború utáni nemzetközi tudományos életben /1945–1947/. *Egészség*, 1996, 1:12-16.
12. A politika és a pedagógusok /1945–1946/. *Kultúra és Közösség*, 1996:169-184.
13. Az orvosok és a rendszerváltás /1945–1946/. *Egészség*, 1996, 5.
14. Illúzió és valóság. /Az Egyetemi és akadémiai reform és az 1945–1946-os változások hatása a műszaki tudományos elitre./ *Műhely*, 1997, 1:47-51.
15. Orvoselit és politikai változások /1945–1946/. *Valóság*, 1998, 2:1-9.

Anmerkungen

1. Die Intelligenzpolitik der Ungarischen Kommunistischen Partei /1944–1947/. *Wissenschaftliche Zeitschrift. Pädagogische Hochschule Zwickau*, 1982:117-125.
2. A koalíciós pártok felfogása az értelmiségnek az újjáépítésében betöltött szerepéről a felszabadulás után. *Acta Andragogica et Culturae*, Debrecen, 1987, 9:29-47.
3. A koalíciós pártok felfogása a professzori kinevezésekről, az egyetemi autonómiáról és a tudományos szabadságról /1945–1946/. *Kutatásfejlesztés – Tudományszervezési Tájékoztató*, 1989, 3-4:75-87.
4. A Független Kisgazdapárt értelmiségi politikája a politikai pluralizmus kiépülésének időszakában. *Szabolcs-Szatmári Szemle*, 1990, 2:181-187.
5. A Nemzeti Parasztpárt és az értelmiség 1945-ben. *Borsodi Szemle*, 1990, 2:85-91.
6. Rendszerváltozás és közigazgatás. A koalíciós pártok viszonya közigazgatási értelmiséghez 1945–1946-ban. *Magyar Közigazgatás*, 1999, 8:716-725.
7. Értelmiség és rendszerváltás /1945/. *Társadalomkutatás*, 1991, 2:89-104.
8. Tudományos elit és a rendszerváltás. *Szabolcs-Szatmári Szemle*, 1993, 1:79-93.

Abstract***N. Szabó, József: The intelligentsia-policy in the post-war democratic period /Hungary, 1945–1946/***

Analysis of policy decisions concerning the intelligentsia in the period reveal that the coalition parties were well aware of the fact that no democratization and modernization of the country were possible without the active participation of the intelligentsia. When specifying the role of the intelligentsia in a democratic Hungary, the political parties could not disregard the role this layer played between the two world wars or its relationship to those in power. At the same time, the intelligentsia also had to realize that its function had significantly altered on account of the change of political power.

Yet, common interests were not recognized and agreed at first, partly because most intellectuals who had lost their way and perspective did not find their place in a new Hungary, partly because some representatives of the parties concerned did not intend to give them a suitable role in the process of rebirth either. This gave rise to some debate among the parties too. The debate focused on whether its role in the part made the intelligentsia suitable for taking part in the process of reconstruction at all and if yes which groups of it could be involved in creating a new Hungary.